



Liebe Leserinnen und Leser,

der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht – und damit auch die Zielrichtung der künftigen Europapolitik der Bundesrepublik. Unter der Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“ setzt der Vertrag gleich im ersten Kapitel ein Zeichen für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Viele Aspekte müssen noch konkretisiert werden, aber schon jetzt ist klar, dass der deutsch-französische Motor neuen Schwung erhalten soll. Viele Themen – Kohäsionspolitik, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Revision der Entsenderichtlinie - werden sich auch auf die lokale Ebene auswirken. Das Europabüro mit Europe Direct-Informationszentrum der Stadt Nürnberg wird die Entwicklungen weiter beobachten und sicher auch im Rahmen des E-Newsletters berichten.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe!

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Neues aus dem Europabüro der Stadt Nürnberg

Neuer EU-Bericht.....	Seite 1
Zu Gast im Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg.....	Seite 2
Mit der Tram nach Europa!.....	Seite 3

Aktuelles aus Brüssel

EU-Plastikstrategie.....	Seite 3
Artikel 7-Verfahren gegen Polen.....	Seite 4
Neue Ethikregeln für EU-Kommissare.....	Seite 5

Termine.....	Seite 6
Impressum.....	Seite 7

Neues aus dem Europabüro der Stadt Nürnberg



Neuer EU-Bericht

Das Verständnis der Menschen vor Ort für EU-Angelegenheiten fördern - das ist eine der zentralen Aufgaben des Europabüros im Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg! Ferner gilt es, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Erfordernissen eines innovativen Wirtschaftsstandortes, einer modernen Stadtverwaltung und dem dynamischen und stark verflochtenen europäischen Mehrebenensystem.

Einen Überblick über unsere Aufgaben und Aktivitäten bietet der neue EU-Bericht. Auf rund 40 Seiten präsentieren wir Beispiele der kommunalen Europaarbeit aus den Jahren 2015 bis 2017 und beleuchten gleichzeitig aktuelle kommunalrelevante EU-Entwicklungen.



Sie finden den [EU-Bericht](#) als Download auf unserer [Website](#). Gerne senden wir Ihnen auch ein druckfrisches Exemplar kostenfrei zu.



Zu Gast im Europe Direct-Informationszentrum

Interessierte Besuchergruppen können sich im Europe Direct Nürnberg über EU-Themen informieren und austauschen. Im Februar nutzten Masterstudierende der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie Schülerinnen und Schüler der Max Grundig BOS in Fürth diese Möglichkeit. Sie lernten das Europabüro mit Europe Direct-Informationszentrum kennen und informierten sich unter anderem über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs.

Diskutiert wurde auch über das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ mit seinen verschiedenen Szenarien für die Europäische Union im Jahr 2025. Obwohl sich etwa die Mehrheit der BOS-Schülerinnen und -Schüler eine Zukunft mit verstärktem gemeinsamen Handeln auf europäischer Ebene wünscht (vgl. Szenario 5 des [Weißbuchs zur Zukunft Europas](#)), sehen sie eine „Koalition der Willigen“ (vgl. Szenario 2) als eher wahrscheinlich.



Mit der Tram nach Europa!

Politische Bildung im kurzweiligen Format bot im Februar 2018 eine Veranstaltung des Bildungszentrums Nürnberg, an dem sich auch das Europe Direct-Informationszentrum beteiligte.



Zusammen mit Schülerinnen und Schülern aus dem Vorbereitungskurs für den Mittleren Schulabschluss (M-Zug) fuhren wir in einer historischen Straßenbahn quer durch Nürnberg. „Wann haben wir uns zuletzt europäisch gefühlt?“ und „wie wird Europa in zehn Jahren aussehen?“ – diese und weitere Fragen wurden in der Tram diskutiert. Vorbereitet hatten die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler den Fragenkatalog bereits im Vorfeld. An den Gesprächsrunden beteiligten sich Dr. Martin Ecker, Leiter des Bildungszentrums Nürnberg, Jochen Kubosch, ehemaliger Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission



in München, und Dr. Barbara Sterl, Leiterin des Europabüros mit Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg. Für musikalische Stimmung sorgte El Mago Masin mit seiner Gitarre. Er ist Pate des Bildungszentrums im Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.

Unser Fazit: Eine tolle Tramfahrt durch Europa und eine rundum spannende Veranstaltung!

Aktuelles aus Brüssel



EU-Plastikstrategie

25,8 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle pro Jahr! Das ist die Menge, die wir Europäer gemeinsam erzeugen. Weniger als 30% davon werden für das Recycling gesammelt. Ein großer Teil landet im Meer. Die Europäische Kommission will nun dagegen vorgehen: Mit der europäischen Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft zeigt sie Ziele und Wege auf, wie das Abfallaufkommen gesenkt und die Recyclingraten erhöht werden können.

So sollen alle Kunststoffverpackungen bis 2030 recyclingfähig sein. Der Verbrauch von Einwegkunststoffen soll reduziert und die Verwendung von Mikroplastik beschränkt werden. Vorgeschlagen wird auch eine Richtlinie, die das illegale Verklappen von Schiffsmüll ins Meer verringern will und hierfür einheitliche Auffangeinrichtungen und -regeln in Häfen anstrebt.

Darüber hinaus sieht die Kommission großes Potenzial für Wirtschaft und Arbeitsplätze: Recyclingkapazitäten sollen erweitert und modernisiert werden. Bei Produkten soll auf eine längere Haltbarkeit, bessere Wiederverwendbarkeit und ein hochwertiges Recycling geachtet werden. Die Nachfrage nach recycelten Kunststoffen in der Industrie muss gestärkt werden, so die Europäische Kommission.

Die [Strategie für Kunststoffe](#) sowie eine [Übersicht über die Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie](#) sind auf den [Seiten der Europäischen Kommission](#) zu finden. Informationen und



Zahlen zur Kreislaufwirtschaft erhalten Sie auf den [Seiten von Eurostat](#).



Artikel 7-Verfahren gegen Polen

Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union wurde am 20. Dezember 2017 das sogenannte Artikel 7-Verfahren des EU-Vertrags eingeleitet – und zwar gegen Polen. Fast zwei Jahre lang hatte sich die Kommission auf Basis des [Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips](#) bemüht, ein Einlenken der polnischen Regierung herbeizuführen.

Das Verfahren auf Grundlage des Artikels 7 Abs. 1 des [Vertrags über die Europäische Union](#) (EUV) kann bei der Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Art. 2 EUV genannten Werte durch einen Mitgliedstaat eingeleitet werden. Zu diesen Werten gehören, neben Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte, auch Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit.

Vor allem Letztere sehen Kommission und Parlament durch insgesamt 13 Beschlüsse, die die polnische Regierung in den vergangenen Jahren im polnischen Parlament durchsetzte, als stark gefährdet an. Die Beschlüsse erstrecken sich auf die gesamte Struktur des polnischen Justizsystems. Die Bedrohung der Unabhängigkeit der Justiz, beziehungsweise die Missachtung des Prinzips der Gewaltenteilung sowie die Missachtung der Kommissionsempfehlungen zur Rechtsstaatlichkeit der vergangenen Jahre, ließen die Europäische Kommission am 20. Dezember 2017 das Artikel 7-Verfahren gegen das Land einleiten. D.h., dass sie dem Rat vorschlägt, mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder eine Feststellung zu treffen, wonach die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der genannten Werte durch einen Mitgliedstaat besteht. Das Parlament muss zustimmen. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat an.

Mit dem Vorschlag an den Rat hat die Kommission gleichzeitig eine vierte Empfehlung ([\(EU\) 2018/103](#)) zur Rechtsstaatlichkeit an Polen gerichtet, in welcher eine Umsetzungsfrist von drei Monaten bestimmt wird. Parallel weist die Kommission darauf



hin, dass sie zur Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs bereit sei und ihren Vorschlag an den Rat überprüfen werde, wenn Polen der Empfehlung nachkomme.

Im Falle der Feststellung einer „schwerwiegende[n] und anhaltende[n] Verletzung der Unionswerte aus Art.2 EUV“, könnte der Rat mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen, bis hin zum Stimmrechtsverlust, beschließen.



Neue Ethikregeln für EU-Kommissare

Strengere Regeln gelten künftig für alle Kommissionsmitglieder: eine Verlängerung der Karenzzeit nach dem Ausscheiden aus der Kommission, die Darlegung von Reisekosten sowie die Offenlegung von Investitionen - das sind die Elemente eines neuen Verhaltenskodex.

Mögliche Interessenskonflikte sollen so vermieden werden. Erstmals wird in Art. 2 Abs. 6 des [Code of Conduct for Commissioners 2018](#) der Begriff „Interessenskonflikt“ genauer definiert: *„A conflict of interest arises where a personal interest may influence the independent performance of their duties. Personal interests include, but are not limited to, any potential benefit or advantage to Members themselves, their spouses, partners or direct family members.“* Bei der Entscheidung über einen möglichen Interessenskonflikt sowie bei der Umsetzung des gesamten Verhaltenskodex wird die Kommission von einem unabhängigen Ethikausschuss unterstützt.

Eine weitere Änderung des Kodex betrifft die Tätigkeiten eines Kommissionsmitglieds nach Beendigung seiner/ihrer Amtszeit. Während die Karenzzeit bis zur uneingeschränkten Ausübung eines neuen Berufes bisher 18 Monate betrug, wurde sie nun für Kommissare auf 24 Monate und für den Kommissionspräsidenten auf 36 Monate erhöht.

Auch gelten strengere Regeln bezüglich der finanziellen Interessen der Kommissionsmitglieder. Der neue Kodex fordert die Offenlegung aller privaten Geldanlagen über 10.000 Euro (z.B. in Aktien, Anleihen oder Unternehmensdarlehen). Wird dabei ein Interessenskonflikt festgestellt, kann der Kommissionspräsident die Veräußerung oder Übertragung in einen „Blind Trust“ verlangen. Eine Erklärung über ihre



finanziellen Interessen geben die Kommissionsmitglieder jeweils zu Beginn eines Jahres ab.
 Auch die Reisekosten der Kommissare müssen gemäß der neuen Regeln dargelegt werden. Um sicherzustellen, dass sie als Botschafter der Europäischen Union auch kostengünstig unterwegs sind, werden die Angaben alle zwei Monate publik gemacht.

Den neuen Verhaltenskodex können Sie [hier](#) einsehen.

Termine

- | | |
|-----------------------------|---|
| Januar
bis November 2018 | <p>Veranstaltungsreihe zum Europäisches Kulturerbejahr 2018
 Einzelheiten zu den Veranstaltungen zum Europäischen Kulturerbejahr in Nürnberg entnehmen Sie bitte der Broschüre des Planungs- und Baureferats der Stadt Nürnberg</p> |
| 16. April 2018 | <p>Tschechische Republik: Europakritisch und Populistisch?
 Welchen Kurs steuert unser Nachbar nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen? Referent: Martin Kastler, ehemaliger mittelfränkischer Europaabgeordneter und derzeit als Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag.
 Veranstalter: Europa-Union Nürnberg e.V., Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, OstWestWirtschaftsforum Bayern e.V. (OWWF)
 Ort: Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstraße 64, 19 Uhr</p> |
| 8. Mai 2018 | <p>EU-Tour durch den Nürnberger Norden
 Fahrradtour durch den Nürnberger Norden zu ausgewählten Stationen wo Auswirkungen europäischer Politik vor Ort diskutiert werden.
 Weitere Informationen sind demnächst auf unserer Internet-Seite zu finden.</p> |
| 19. Mai 2018 | <p>Polens neue Kulturpolitik - wo sind die Ideale der Solidarność heute?
 Eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Kulturpolitik in Polen, mit Live-Musik von Pink Freud, Veranstalter: Staatstheater Nürnberg (Festival TALKING ABOUT BORDERS) mit dem Krakauer Haus in Nürnberg und dem Europabüro der Stadt Nürnberg
 Ort: Staatstheater Nürnberg, Richard-Wagner-Platz 2-10, 19.30 Uhr, freier Eintritt</p> |



Wir hoffen, dass Ihnen unser Newsletter gefällt und freuen uns über Anregungen und Meinungen an europe-direct@stadt.nuernberg.de

Weitere aktuelle Entwicklungen und Nachrichten erhalten Sie auch jederzeit auf unserer Homepage unter <http://www.europa.nuernberg.de>

Ihr Team des Europabüros mit Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg!



Kontakt/Impressum: Stadt Nürnberg • Wirtschaftsreferat/Europabüro • Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg • Wirtschaftsraithaus • Theresienstraße 9 • 90403 Nürnberg • Telefon 09 11 / 2 31-76 76 • Fax 09 11 / 2 31-76 88 • E-Mail europe-direct@stadt.nuernberg.de
Internet: <http://www.europa.nuernberg.de> • Facebook: <https://www.facebook.com/EuropeDirectNuernberg>

Dieser Newsletter wird per E-Mail versandt. Die Eintragung in die Verteilerliste ist über europe-direct@stadt.nuernberg.de möglich. Der Bezug kann jederzeit beendet werden. Fragen und Anregungen richten Sie bitte an: europe-direct@stadt.nuernberg.de